

3 DM

Der
Nationalsozialismus
in Ilvesheim

von
Torsten Schlusche
und
Andreas Metz

Inhalt:

Ilvesheim im Nationalsozialismus – Vorbemerkung.....	3
‘Machtergreifung’ und Widerstand.....	5
Verfolgung von Antifaschisten und Antifaschistinnen.....	7
Die Nationalsozialisten verändern das Ilvesheimer Leben.....	8
Schuld und Verantwortung.....	9
Die Ilvesheimer Jüdinnen und Juden.....	9
Die Verfolgung von Juden und Jüdinnen in Ilvesheim.....	10
Staatliche Verfolgung und Entrechtung.....	12
Die Reichspogromnacht in Ilvesheim.....	12
Was geschah den Jüdinnen und Juden Ilvesheims?.....	14
Kriegsende und kurzer Ausblick auf die Zeit danach.....	15
Was ist zu tun?.....	17
Dokumente im Anhang.....	18–25

Impressum

„Der Nationalsozialismus in Ilvesheim“

Eine Broschüre von Torsten Schlusche & Andreas Metz

Erschienen in Ilvesheim im Dezember 1995

2., durchgesehene Auflage, Januar 1996

Eigendruck im Selbstverlag/Auflagenhöhe: 100

Bezugsbedingungen: 3 DM (+ Porto)

Die Broschüre wurde ideell und finanziell von
Bündnis '90/Die Grünen OV Ilvesheim unterstützt.

V.i.S.d.P.: T. Schlusche

Kontakt: Torsten Schlusche

Langemarck Str. 205

28199 Bremen

In Ilvesheim:

Dieselstr. 12 / 68549 Ilvesheim

Andreas Metz

Neckarstr. 56

68549 Ilvesheim

Inhalt:

Ilvesheim im Nationalsozialismus – Vorbemerkung.....	3
‘Machtergreifung’ und Widerstand.....	5
Verfolgung von Antifaschisten und Antifaschistinnen.....	7
Die Nationalsozialisten verändern das Ilvesheimer Leben.....	8
Schuld und Verantwortung.....	9
Die Ilvesheimer Jüdinnen und Juden.....	9
Die Verfolgung von Juden und Jüdinnen in Ilvesheim.....	10
Staatliche Verfolgung und Entrechtung.....	12
Die Reichspogromnacht in Ilvesheim.....	12
Was geschah den Jüdinnen und Juden Ilvesheims?.....	14
Kriegsende und kurzer Ausblick auf die Zeit danach.....	15
Was ist zu tun?.....	17
Dokumente im Anhang.....	18-25

Impressum

„Der Nationalsozialismus in Ilvesheim“

Eine Broschüre von Torsten Schlusche & Andreas Metz

Erschienen in Ilvesheim im Dezember 1995

2., durchgesehene Auflage, Januar 1996

Eigendruck im Selbstverlag/Auflagenhöhe: 100

Bezugsbedingungen: 3 DM (+ Porto)

Die Broschüre wurde ideell und finanziell von Bündnis '90/Die Grünen OV Ilvesheim unterstützt.

V.i.S.d.P.: T. Schlusche

Kontakt: Torsten Schlusche
Langemarck Str. 205
28199 Bremen

In Ilvesheim:
Dieselstr. 12 / 68549 Ilvesheim

&

Andreas Metz
Neckarstr. 56
68549 Ilvesheim

ILVESHEIM IM NATIONALSOZIALISMUS VORBEMERKUNG

Wie können sich zwei, die noch recht jung sind und damals also gar nicht dabei waren, herausnehmen, über die Gemeinde Ilvesheim der Jahre 1933-45 sprechen zu wollen?

Bei den wenigen Gesprächen, die wir mit alten Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen über die damalige Zeit hatten, haben wir uns das manchmal auch gefragt. Das, was wir uns mühsam zusammenrecherchiert haben, ist für sie alltäglich, fast banal. Es ist eine Zeit, die zu ihrem Leben gehört. So einige könnten wohl viel mehr und besser erzählen als wir, wie das Leben in den zwölf Jahren Nationalsozialismus aussah - sie haben es mitgemacht.

Aber wer sollte über diese Zeit sonst sprechen? Wir können Fragen stellen, gerade weil wir nicht ‘dabei’ waren. Wer damals lebte, hat seither geschwiegen. Genauso wie die nachfolgenden Generationen. Das große Schweigen beginnt eigentlich schon im NS-Staat. Es wurde nie gebrochen, auch 1995 nicht, als sich das Ende dieses Staates zum 50. Mal jährte. Ganz unterschiedliche Motive trugen dazu bei, daß alle verstummten und stumm blieben.

In einem so kleinen Dorf wie Ilvesheim bleiben die Namen gleich. So gut wie in jeder alteingesessenen Familie hat es Leute gegeben, die aktiv an der Herrschaft des Nationalsozialismus beteiligt waren. Einige Familien sind mit dem Aufstieg der Nazis zu Macht und Autorität gekommen. Hier verweigern die älteren eine Auseinandersetzung wegen ihrer Beteiligung am Nationalsozialismus. Die jüngeren schweigen aus Solidarität, wobei dahingestellt bleiben kann, ob diese nun falsch verstanden ist

oder nicht. Auch handeln sie im Glauben, durch mögliche Aussagen über Geschwister, Eltern und Großeltern ihr heutiges Ansehen zu schmälern.

Komplizierter liegt der Fall bei den vielen Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen, wo der Nationalsozialismus damals einen tiefen Bruch mitten durch die Familien bedeutete. Die familieninternen Verhältnisse, wer ‘was zu sagen’ hat und wer nicht, haben sich nach dem Ende der 12 Jahre nicht unbedingt verändert. So stehen viele auch heute noch unter dem Druck ihrer Angehörigen. Nestbeschmutzer will niemand sein, und auch der ‘Schande’, die man in der eigenen Vorstellung über die Familie bringt, will man sich nicht aussetzen.

Schließlich kam uns ein Gedanke, der nach der Beschäftigung mit der Geschichte und dem Umgang mit dem Nationalsozialismus fast schon zur Gewißheit geworden ist. Wenn jemand über eigene Verstrickungen ins damalige Geschehen sprechen würde, wären auch Erklärungen notwendig, warum man ‘mitgemacht’ habe. Es wäre nach Verantwortlichkeiten und Bewertungen zu fragen. Die meisten, so ist unser Eindruck, halten den damaligen Nationalsozialismus jedoch auch heute noch für eine recht gute Sache, wenngleich sie sich in der demonstrativen Ablehnung seiner unhaltbarsten Erscheinungsformen einig sind. Dahinter scheinen uns Aussagen zu stehen, die in den Köpfen sind und nie ausgesprochen werden, die aber in etwa so aussehen könnten: „Wir wissen, es sind 6 Millionen Juden und Jüdinnen umgebracht worden und das ist schrecklich und unverzeihlich - aber was hat das mit Ilvesheim zu tun?“ Oder: „Wir wissen, es gab die ‘Bestie’ Hitler und es gab seine Schergen - aber die waren weit weg.“ - Es ist bedrückend zu sehen, wie schnell sich unsere Gemeinde nach dem Krieg selbst zum Opfer der Nazi-Herrschaft

ILVESHEIM IM NATIONALSOZIALISMUS VORBEMERKUNG

Wie können sich zwei, die noch recht jung sind und damals also gar nicht dabei waren, herausnehmen, über die Gemeinde Ilvesheim der Jahre 1933-45 sprechen zu wollen?

Bei den wenigen Gesprächen, die wir mit alten Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen über die damalige Zeit hatten, haben wir uns das manchmal auch gefragt. Das, was wir uns mühsam zusammenrecherchiert haben, ist für sie alltäglich, fast banal. Es ist eine Zeit, die zu ihrem Leben gehört. So einige könnten wohl viel mehr und besser erzählen als wir, wie das Leben in den zwölf Jahren Nationalsozialismus aussah - sie haben es mitgemacht.

Aber wer sollte über diese Zeit sonst sprechen? Wir können Fragen stellen, gerade weil wir nicht 'dabei' waren. Wer damals lebte, hat seither geschwiegen. Genauso wie die nachfolgenden Generationen. Das große Schweigen beginnt eigentlich schon im NS-Staat. Es wurde nie gebrochen, auch 1995 nicht, als sich das Ende dieses Staates zum 50. Mal jährte. Ganz unterschiedliche Motive trugen dazu bei, daß alle verstummt und stumm blieben.

In einem so kleinen Dorf wie Ilvesheim bleiben die Namen gleich. So gut wie in jeder alteingesessenen Familie hat es Leute gegeben, die aktiv an der Herrschaft des Nationalsozialismus beteiligt waren. Einige Familien sind mit dem Aufstieg der Nazis zu Macht und Autorität gekommen. Hier verweigern die älteren eine Auseinandersetzung wegen ihrer Beteiligung am Nationalsozialismus. Die jüngeren schweigen aus Solidarität, wobei dahingestellt bleiben kann, ob diese nun falsch verstanden ist

oder nicht. Auch handeln sie im Glauben, durch mögliche Aussagen über Geschwister, Eltern und Großeltern ihr heutiges Ansehen zu schmälern.

Komplizierter liegt der Fall bei den vielen Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen, wo der Nationalsozialismus damals einen tiefen Bruch mitten durch die Familien bedeutete. Die familieninternen Verhältnisse, wer 'was zu sagen' hat und wer nicht, haben sich nach dem Ende der 12 Jahre nicht unbedingt verändert. So stehen viele auch heute noch unter dem Druck ihrer Angehörigen. Nestbeschmutzer will niemand sein, und auch der 'Schande', die man in der eigenen Vorstellung über die Familie bringt, will man sich nicht aussetzen.

Schließlich kam uns ein Gedanke, der nach der Beschäftigung mit der Geschichte und dem Umgang mit dem Nationalsozialismus fast schon zur Gewißheit geworden ist. Wenn jemand über eigene Verstrickungen ins damalige Geschehen sprechen würde, wären auch Erklärungen notwendig, warum man 'mitgemacht' habe. Es wäre nach Verantwortlichkeiten und Bewertungen zu fragen. Die meisten, so ist unser Eindruck, halten den damaligen Nationalsozialismus jedoch auch heute noch für eine recht gute Sache, wenngleich sie sich in der demonstrativen Ablehnung seiner unhaltbarsten Erscheinungsformen einig sind. Dahinter scheinen uns Aussagen zu stehen, die in den Köpfen sind und nie ausgesprochen werden, die aber in etwa so aussehen könnten: „Wir wissen, es sind 6 Millionen Juden und Jüdinnen umgebracht worden und das ist schrecklich und unverzeihlich - aber was hat das mit Ilvesheim zu tun?“ Oder: „Wir wissen, es gab die 'Bestie' Hitler und es gab seine Schergen - aber die waren weit weg.“ - Es ist bedrückend zu sehen, wie schnell sich unsere Gemeinde nach dem Krieg selbst zum Opfer der Nazi-Herrschaft

erklärte. Alle Parallelen zwischen der großen Geschichte und der Ortsgeschichte wurden und werden verweigert.

Auf die in Ilvesheim lebenden Verfolgten des Nazi-Regimes und ihre Angehörigen trifft das bislang Gesagte nicht zu. Sie standen oft 12 Jahre unter Panik und Lebensangst. Sie waren froh, daß die Unterdrückung, die sie persönlich vor allem in Ilvesheim erfuhren, vorbei war und sie endlich eine Chance hatten zu leben. Hier hätte es Behutsamkeit gebraucht und den aufrechten Willen, sich mit dem, was man ihnen angetan hat, auseinanderzusetzen. Genau daran aber mangelte es, wie man sich unschwer vorstellen kann. Es hat vielmehr den Anschein, daß sich Täter und die stille Mehrheit der Mitläuferinnen und Mitläufer von den Verfolgten, die überlebten und nicht emigriert waren, im Bewußtsein einer bequemen Alltagsmacht das Schweigen erpreßt haben. Im Gegenzug wurden sie wieder in den Gemeindeverband aufgenommen. „Reden wir nicht mehr davon, daß dein Vater Kommunist war, ab jetzt bist du wieder ein richtiger Ilvesheimer“, so dürfte das Motto nach 1945 in etwa ausgesehen haben.

Heute weist im Alltag nichts mehr auf die Vergangenheit hin. In den Köpfen aber ist diese Zeit sehr präsent, gerade weil sie immer verschwiegen wurde und wird. Das Schuldbewußtsein, das in diesem Schweigen liegt, wird anschaulich, wenn wir uns beispielsweise unserem Gemeindearchiv zuwenden. Die Aktenordner der Jahre 1933-45 sind leer, leerräumt von jemandem, der gewußt haben wird, warum. Ein anderes schriftliches Zeugnis, die Dorfchronik „Ilvesheim im Wandel der Zeit“, widmet den 12 Jahren Nationalsozialismus gerade ein paar Zeilen: Der Verfasser, so ist deutlich zu spüren, würde über diese Zeit am liebsten ganz hinweggehen.

Diese Broschüre will eine Anregung dazu sein, sich gemeinsam an die damalige Zeit zu erinnern. Um es ganz einfach und grundsätzlich zu sagen: auch in Ilvesheim gab es die Jahre 1933-1945. Heute geht es uns darum zu verstehen, warum es geschehen konnte, nachzuzeichnen, wie einzelne diese Zeit erlebt haben.

Eine notwendige Anmerkung: Was passiert ist, ist nicht - wie man heute oft und gerne hört - unfassbar. Für viele, die nicht verfolgt oder bedroht waren, war es eine Zeit wie jede andere. Sie finden an ihrer ganz eigenen Geschichte von 1933-45 nicht unbedingt etwas Besonderes - sieht man einmal von den unzähligen Anekdoten über Kriegserfahrungen ab. Der Nationalsozialismus war für viele eine ganz 'normale' Phase ihres Lebens, für heute ältere Leute oft die 'besten' Jahre ihrer Jugend. Ihre persönlichen Ziele, Ängste und Wünsche haben die Zeit mitgestaltet, haben den faschistischen Staat ermöglicht wie letztlich auch die Vernichtung von Jüdinnen und Juden. Gerade in dieser 'Normalität', die soviel Leid und systematische Verfolgung ermöglichte, liegt das bedrohliche Erbe des Nationalsozialismus, das es zu verstehen gilt.

Neben den Juden und Jüdinnen gab es weitere Randgruppen, Minderheiten, die während des Nationalsozialismus auch in Ilvesheim verfolgt wurden. Roma und Sinti, das ist an einigen Dokumenten ablesbar, wurden auch hier in der Region zunehmend als „Volksschädlinge“ stigmatisiert. Auch die Verfolgung von behinderten Menschen, vielleicht auch von Schwulen, wird es hier gegeben haben. Wenn wir davon hier nicht berichten, dann nur deshalb, weil wir zu wenig darüber wissen.

'MACHTERGREIFUNG' UND WIDERSTAND

Ilvesheim war in den Jahren vor 1933 - wie im übrigen auch nach 1945 wieder - eine Gemeinde von fast 3.000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Es dehnte sich schon über den alten Ortskern hinter der Ringstraße heraus. Auf der anderen Seite der Schloßstraße bestanden neben der Hauptstraße vor allem die Neue Schulstraße samt Parallelstraßen, wo aber mitunter nur einzelne Häuser standen. Auch die Kanalsiedlung gab es bereits. Das Bild, das Ilvesheim damals abgab, war das einer typischen Gemeinde in Stadtnähe. Die Menschen waren mehrheitlich arm. Zum einen war Ilvesheim noch sehr landwirtschaftlich geprägt, zum anderen aber hatte auch die 'neue Zeit' längst Einzug gehalten. Die Gemeinde geriet immer mehr in den Sog Mannheims, und mit der Fertigstellung der Brücke nach Seckenheim 1929 war man endgültig mit den Entwicklungen in der Stadt verknüpft. Das hatte zur Folge, daß sich in Ilvesheim immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen niederließen, die in Mannheimer Fabriken beschäftigt waren.

Diese Verhältnisse fanden auch im politischen Leben ihren Niederschlag. Traditionell wählte man in Ilvesheim katholisch oder links. Der langjährige Bürgermeister vor 1933 war Jakob Kleinhans aus den Reihen der SPD, ein sehr beliebter Mann, der allerdings im Mittelpunkt so manchen örtlichen Skandälchens stand (und vor 1933 auch im Zentrum der nazistischen Propaganda). Genau wie im damals noch bestehenden Land Baden hatten die Nationalsozialisten bei Wahlen vor 1933 in Ilvesheim keine guten Ergebnisse. Auf kommunaler Ebene traten sie nie an und wurden daher auch nie in den Gemeinderat gewählt. Nach den letzten Gemeinderatswahlen im Jahr 1930

bestand dieser aus 2 Gemeinderäten vom Zentrum, 2 von der SPD und je einem der Bürgerlichen und der KPD. Letzere hatte in Ilvesheim eine lange Tradition und einen aktiven Ortsverband, der im übrigen auch 1945 wieder gegründet wurde. Ilvesheim, das nur nebenbei, war eine Hochburg der Kommunisten, was heute gänzlich in Vergessenheit geraten ist.

Noch bei den letzten regulären Reichstagswahlen am 5. März 1933 schnitt die NSDAP in Ilvesheim sehr schwach ab. Während die Nazis bei dieser Wahl in Baden doch eine Art Durchbruch schafften - sie erreichten 45% der Stimmen - lagen sie in Ilvesheim viel schlechter bei etwa 25%. Damit waren sie ähnlich stark wie die SPD, das Zentrum und die KPD. Die NSDAP war bei Wahlen nie stärkste Partei in der Gemeinde.

Den 30. Januar 1933, den Tag, an dem Adolf Hitler Reichskanzler wurde, bezeichnet man heute gewöhnlich als den Tag der 'Machtergreifung'. Dies ist ein mißverständlicher Begriff. Hitlers Wahl war zu einem Gutteil auch politischer Wille der Bevölkerung, auf alle Fälle war sie vom Reichstag verantwortet. In vielen Ländern des Reichs gab es aber über den 30. Januar hinaus ganz andere politische Mehrheiten. So bestand in Baden seit längerem eine Koalition aus Zentrum und Sozialdemokratie. Diese wurde in der Tat staatsstreichartig aus der Regierung getrieben, so daß man hier wirklich von 'Machtergreifung' reden kann.

Der entscheidende Hebel hierfür bestand darin, daß die NS-Reichsregierung die Polizeigewalt in Baden an sich zog. Nach dem 5. März 1933 inszenierte die SA allerorten gewalttätige Aufmärsche in den Straßen Badens und vor den Häusern ihrer Gegner. Die NS-Reichsregierung nutzte dies um festzustellen, daß in Baden Ruhe und Ordnung nicht mehr gewährleistet seien. Das

Reich griff nun, insbesondere durch Innenminister Frick, verstärkt in die Belange Badens ein. Am 10. März 1933 ernannte man - immer mit dem Verweis auf Ruhe und Sicherheit - einen Reichskommissar für die Badener Polizei, den späteren Gauleiter Robert Wagner. Dieser säuberte die Ordnungskräfte augenblicklich von politisch mißliebigen Personen und fügte ihnen Angehörige der SA - also der Organisation, die für den öffentlichen Aufruhr verantwortlich war - als Hilfspolizisten hinzu. Wagner übte großen Druck auf die badische Regierung aus. Diese trat - von den Entwicklungen überfordert - am 13. März zurück, um Platz für Neuwahlen zu machen. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Wagner ernannte einfach regionale Nazigrößen zu neuen Ministern Badens. Bereits am 14. März 1933 gab SA-Gauleiter Ludin bekannt, daß man nunmehr die Macht in Baden vollständig übernommen habe.

Wir kommen auf Ilvesheim zurück. Begonnen hatte die Entwicklung, die zur Machtübernahme der Nazis in Baden führte, noch in der Nacht der Reichstagswahl am 5. März 1933 mit einer Machtdemonstration der SA. Auf zahlreichen Rathäusern wurden im Rahmen einer abgesprochenen Aktion von den 'Sturm-Abteilungen' Hakenkreuzfahnen aufgezogen. So auch in Ilvesheim. Hier entwickelte sich aber spontan Widerstand. Eine Menge, die im späteren Gerichtsprozeß vom Gericht auf 150-200 Personen geschätzt wurde, eilte am 7. März zum Rathaus und entfernte die Fahnen wieder. Zwei Männer aus dieser Menge wurden später, als die Nationalsozialisten sich längst in Baden etabliert hatten, wegen Landfriedensbruch zu 3 Monaten Haft im Bezirksgefängnis Mannheim verurteilt. Einer der beiden Angeklagten erklärte, er habe einen Weltkrieg mitgemacht und wolle nicht, daß sein Sohn für die Nationalsozialisten wieder in einen Krieg ziehe. Nationalsozialismus, das war wohl einigen sehr schnell klar

geworden, bedeutete Krieg. Der andere der beiden wandte sich gegen die Willkür der SA. Gemäß Gerichtsprotokoll sagte er aus, daß „die Nationalsozialisten in Ilvesheim in der Minderheit gewesen seien, und die Entfernung der Fahnen von der Bevölkerung gewünscht worden sei.“ (GLA 276/3168).

In Ilvesheim gab es Widerstand. Auf den Umstand, daß die Nationalsozialisten nicht ohne Gegenwehr die Schaltstellen der Macht in Ilvesheim besetzen konnten, macht auch ein Schreiben an die Gauleitung der NSDAP Baden wenige Tage später, am 14. März 1933, aufmerksam. Das Schreiben war eine einzige lange Denunziation. Darin wurden Maßnahmen gefordert, „die Sicherheit und Schutz für alle Einwohner Ilvesheims gewährleisten“. Der Verfasser zeigte sich empört, daß in der Gemeinde immer noch so viele „Linkser“, wie er sie nannte, zu sehen seien. Als deren Treffpunkt benannte er vor allem die sogenannte „Platte“ (wie früher das Gelände vor der Seckenheimer Brücke hieß). Auch andere Treffpunkte wurden von ihm als „Brutstätten politischer Anschläge“ bezeichnet. Letztendlich forderte er - wie es die NSDAP in ihrer Mannheimer Zeitung, dem 'Hakenkreuzbanner', schon lange betrieb - eine Ersetzung von Bürgermeister Kleinhans durch einen, so wörtlich, „deutschen Mann“ (GLA 362/853).

Diese Ersetzung ließ nicht lange auf sich warten. Wenn es doch ein paar Tage dauerte, dann deshalb, weil die NSDAP in Ilvesheim niemanden fand, der das Amt einnehmen konnte oder wollte. Kommissarisch wurde noch im März der Ilvesheimer Zahnarzt von Faulhaber eingesetzt. Mit dem 1. September 1933 trat dann der Ladenburger Wilhelm Engel das Amt des Bürgermeisters in Ilvesheim an. Engel behielt es bis in die letzten Tage des Nationalsozialismus, bis in den März 1945 hinein.

Das Schreiben aus Ilvesheim vom 14. März 1933 wurde von den Nazis begierig aufgegriffen. Die Gauleitung forderte, dort einmal „energisch durchzugreifen“ und das Polizeipräsidium versprach, „die Schuldigen“ in Schutzhaft zu nehmen.

VERFOLGUNG VON ANTIFASCHISTEN UND ANTIFASCHISTINEN

Im März 1933 gab es die erste Verhaftungswelle, sechs Ilvesheimer Kommunisten wurden verhaftet, darunter der später hingerichtete Johann Kupka sowie der langjährige KPD-Vorsitzende und Gemeinderat Philipp Steigleder. Über sie wurde 'Schutzhaft' verhängt. ('Schutzhaft' war ein Begriff, der die ausgeübte Willkür bemänteln sollte. Unliebsame Personen erklärte man schlicht zu Gegnern der „Volksgemeinschaft“ - zu deren 'Schutz' wurden sie dann verhaftet). Die Haft dauerte unterschiedlich lange. Einige kamen nach 3 Wochen im Bezirksgefängnis Mannheim frei, andere - wie Philipp Steigleder - wurden darüberhinaus noch bis Juni 1933 im gerade errichteten Konzentrationslager Kislau festgehalten.

Die neuen Machthaber zeigten folglich in den ersten Tagen ihrer Herrschaft, daß sie in der Lage waren, ihre Macht auch mit Gewalt durchzusetzen. Die Polizeipräsenz in Ilvesheim war hoch, immer wieder kam es zu Hausdurchsuchungen. Leute wurden aufgegriffen und eingeschüchtert. Der Erfolg solcher Maßnahmen war natürlich, daß sich die Nazis auch in Ilvesheim durchsetzten. In der Folgezeit blieb es ruhig in Ilvesheim, wenn es auch immer wieder zu Verfolgungsaktionen kam. Eine weitere fiel in den Oktober des Jahres 1933, als mehrere Mitglieder der KPD und der SPD festgenommen wurden. 1934 wird der Ilvesheimer Michael Wagner verhaftet. Das Verhältnis von Delikt und

Strafe zeigt deutlich, daß man sich nun deutlich als Herr im Hause fühlte. Herr Wagner hatte einem Ilvesheimer Wirt lediglich ein kommunistisches Flugblatt gezeigt. Dieser hatte ihn augenblicklich denunziert, 10 1/2 Monate Gefängnis waren die Folge.

Danach verebbte der antifaschistische Widerstand in Ilvesheim für lange Zeit. Erst im Herbst 1942 kam es erneut zu Festnahmen - offensichtlich im Zusammenhang mit der Ermordung Johann Kupkas. Kupka, der an der Seckenheimer Brücke mitgebaut hatte, anschließend in Ilvesheim blieb und hier heiratete, stand eigentlich von 1933 an unter der Beobachtung der Nazis, da seine Gegnerschaft bekannt war. Trotzdem beteiligte er sich an den Aktionen der bekannten Lechleiter-Gruppe. Diese stellte in der Region den wohl am besten organisierten Widerstand während des Krieges dar. Die Gruppe um Georg Lechleiter hatte Stützpunkte in einigen Mannheimer Betrieben und stellte ab Ende 1941 die antifaschistische Zeitung „Der Vorbote“ her. Johann Kupka brachte 2-3mal die Zeitungsmatrizen von Heidelberg nach Mannheim, wo die Zeitung konspirativ gedruckt und verteilt wurde. Nach vier Ausgaben setzten Februar 1942 die Verhaftungen durch die Gestapo den Aktivitäten der Widerstandsgruppe ein Ende. Im Mai 1942 wurde Johann Kupka mit 13 anderen vom 'Volksgerichtshof' in Stuttgart zum Tode verurteilt, am 15. September 1942 wurde er hingerichtet.

Ein spätes Opfer der NS-Herrschaft in Ilvesheim war der ehemalige Gemeinderat Philipp Steigleder. Steigleder verschwand im Januar 1945 plötzlich. Einen Monat später durchsuchte die faschistische Kriminalpolizei Steigleders Haus, machte aber zu seinem Schicksal keinerlei Angaben. Auf welche Weise Philipp Steigleder umgebracht wurde, ist auch heute noch ungeklärt. Nach 1945 wurde sein Todesdatum von Amts wegen auf den 31.1.45 festgesetzt.

DIE NATIONALSOZIALISTEN VERÄNDERN DAS ILVESHEIMER LEBEN

Im März 1933 hatte Steigleder aus der Schutzhaft heraus - sicherlich nicht ohne Gewaltanwendung - um seine Entbindung aus dem Gemeinderatsamt nachgesucht (GLA 362/11.614). Nach dem Reichstagsbrand war die Kommunistische Partei verboten worden. Auf dem Verordnungsweg wurde eine Neubesetzung der Gemeinderäte gemäß der Ergebnisse zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 angeordnet, natürlich unter Ausschluß der KPD. Somit umfaßte der Ilvesheimer Gemeinderat bald nur noch je zwei Vertreter von SPD, Zentrum und NSDAP. Die Sozialdemokratie wurde im Laufe des Jahres kriminalisiert; als im September 1933 alle Parteien außer der NSDAP für aufgelöst erklärt wurden, nahmen schließlich nur noch Nazis im Ilvesheimer Rathaus Platz. Allerdings änderte sich auch die Bedeutung des Gemeinderats: in Anwendung des „Führerprinzips“ wurde die lokale NS-Herrschaft fast ausschließlich von Bürgermeister Engel und der ihm untergeordneten Verwaltung ausgeübt, der Gemeinderat verlor stark an Einfluß.

Wie sah die lokale Herrschaft des Nationalsozialismus aus? Es gab die nationalsozialistisch dominierte Verwaltung mit Bürgermeister Engel an der Spitze. Engel stand schließlich auch der Ilvesheimer NSDAP vor und beerbte in dieser Rolle die früheren Ortsgruppenleiter Haase und Käfer. Es gab die Partei mit etwa 150-200 Mitgliedern und einige Angehörige der SA. Später, vor allem in der Blindenschule wegen der dort untergebrachten Flak-Stellung, waren auch Angehörige der SS in Ilvesheim stationiert. Die meisten Nazis kamen dabei selbstredend aus alten Ilvesheimer Familien kamen, deren Namen auch heute noch das Ortsbild

prägen. Die 'NS-Wohlfahrt' und die NS-Frauenschaft waren weitere mitgliederstarke Verbände. So auch die HJ, die auf den Feldern und Sportplätzen ihre 'Übungen' und 'Paraden' durchführte und die später im ehemaligen Haus der jüdischen Familie Kaufmann in der Schloßstraße ihren Sitz nahm. Gleichgeschaltete Vereine, eine militarisierter Feuerwehr - das rundet das Bild an nazistischen Organisationen in Ilvesheim ab.

Die Herrschaft der Nazis wurde auch an einigen Symbolen deutlich. Wie fast überall wurde Adolf Hitler Ehrenbürger. Überall im Reich benannte man auch Straßen um. Auch in Ilvesheim sollte es eine Adolf-Hitler- und eine Hermann-Göring-Straße geben, und so verloren die damalige Neue Schulstraße und die Weinheimerstraße ihre Namen. Darüberhinaus trugen die Straßen in der Kanalsiedlung die Namen einiger bekannter Politiker aus Weimarer Zeiten, „Novemberverbrecher“ in den Augen der Nazis und so mancher ja auch von ihnen oder anderen Rechtsradikalen umgebracht. So wurde aus der Rathenau- die Hindenburgstraße, aus der Ludwig-Frank- die Horst-Wessel- und aus der Erzberger- die Schlageter-Straße.

Ein weiterer Einfluß der NS-Ideologie zeigte sich in der Religion. Eine größere Minderheit von Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen bekannte sich in den 12 Jahren zwischen 1933 und 1945 „gottgläubig“. Dies bedeutete in der Regel auch ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, da „Gottgläubigkeit“ den gegen die großen Konfessionen gerichteten NS-Religionersatz bezeichnete.

Schließlich war auch Ilvesheim in den einschlägig bekannten Bau von Reichsautobahnen eingebunden. Die heutige A 6 entstand. In Verbindung mit dem Autobahnbau standen 1937/38 auch Einebnungsarbeiten am Wasserloch. Zusätzlich erhielt Ilves-

heim häufig Gelder, die sich 'Sondermittel für Arbeitsbeschaffung in Notstandsgebieten' nannten. So wurden auch Einebnungsarbeiten links und rechts des Neckars durchgeführt, und zwei heute noch bestehende Feldwege stammen aus dieser Zeit. Alle diese Maßnahmen wurden vor allem mit Geldern des Arbeitsamtes durchgeführt. Das bedeutete, daß hier Arbeitslose arbeiteten, zwangsverpflichtet und für geringen Lohn.

Ansonsten lief das Leben für den Durchschnittsbürger und die Durchschnittsbürgerin ganz 'normal' ab. Im Vordergrund stand die Sorge um das tägliche Auskommen. Es gab persönliche Probleme und Freude, der Gemeindeglieder zeigt keine bemerkenswerten Veränderungen. Alljährlich gab es Kommunion und Konfirmation, die Feuerwehr sperrte alljährlich zu denselben Festen den Festplatz ab. Viele profitierten vom neuen Regime, viele mochten sich in ihre Arbeit oder ihr Privatleben geflüchtet haben.

SCHULD UND VERANTWORTUNG

In dieser 'Normalität' ist das zu suchen, was später als 'Schuld' oder auch als 'Verantwortung' benannt und geringgeachtet wurde. Schuld haben die meisten Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen nicht durch spontane gewalttätige Ausbrüche - wie es sie bspw. in der Reichspogromnacht sehr wohl gab. Die Schuld, die eine ganz unauffällige Gemeinde mit ebenso unscheinbaren Bürgern und Bürgerinnen trägt, ist eine alltägliche und dadurch fast banale. Sie besteht darin, sein Leben einfach so weitergelebt zu haben, während andere Mitbürger und Mitbürgerinnen gedemütigt, bedroht, bestohlen und ausgestoßen wurden. Wer schweigt, stimmt zu - dieser oft wiederholte Satz hat

von den Jahren 1933-45 her seine Berechtigung. Denn mit dem Schweigen war verbunden, daß fast alle ihr Leben auf Kosten der Verfolgten und Ermordeten lebten, sei es aus Angst, sei es aus Berechnung, sei es aus Überzeugung.

Diese Schuld wird vor allem im Umgang mit den jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen deutlich. Vor 1933 in einem nicht mehr vorstellbaren Maße ganz selbstverständliche Nachbarn, gelang es dem NS-Staat innerhalb weniger Jahre, sie zu Menschen zu stempeln, denen man ein Recht auf Leben absprechen konnte. Wie fast überall gab es in Ilvesheim keine Gegenwehr. Wie selbstverständlich trug man seinen Teil zur 'Endlösung' bei. Die Schuld, die man alltäglich auf sich lud, hatte am Ende ein in seiner Kürze brutales Ergebnis: In Ilvesheim wurde über 30 Juden und Jüdinnen die Existenzgrundlage entzogen. Man hat sich an ihnen hemmungslos bereichert. 15 von ihnen wurden deportiert, vier überlebten in den Konzentrationslagern, 11 wurden dort umgebracht. Wer ist dafür verantwortlich, wer trägt für diese 11 Morde Schuld?

DIE ILVESHEIMER JÜDINNEN UND JUDEN

Die jüdische Gemeinde Ilvesheims war eine sehr alte. Sie ist bis ins 17. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Mitte des 19. Jahrhunderts umfaßte sie einmal über 150 Mitglieder. Vor 1933 war sie mit mehr als 30 Mitgliedern von den umliegenden Gemeinden nach Ladenburg, wo es fast 100 Jüdinnen und Juden gab, die zweigrößte. Die 1810 erbaute Synagoge - dort, wo heute das Haus Hauptstr. 35 neben dem damals schon bestehenden Gasthaus „Zum Schiff“ steht - war eine der ältesten in der Region (der jüdische Friedhof war 1860 errichtet

worden). Die Familien waren hier seit langem ansässig. Baer, Kahn, Kuhn und Kaufmann waren Ilvesheimer Namen wie etwa Feuerstein und Schmelcher.

Alte Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen besitzen heute noch ein bruchstückhaftes, aber anekdotenreiches Wissen über jüdische Kultur. Heute, wo fast jede Spur jüdischen Lebens hier ausgelöscht ist, ist nicht mehr vorstellbar, wie alltäglich die jüdische Gemeinde einmal im Ilvesheimer Alltag verankert war. Sie waren Nachbarn, die Kinder spielten gemeinsam, man wußte ganz alltäglich von der Bedeutung der Briss und des Laubhüttenfestes, und der Dorfklatsch über „schöne Mädchen“ und „strenge Familien“ wurde über alle Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen gleichermaßen erzählt.

Das jüdische Leben konzentrierte sich in der und um die Hauptstraße. Diese war ob dieses Umstands auch als 'Judengasse' bekannt. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft gab es mehr als 30 Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen jüdischen Glaubens. In der heutigen Hauptstraße 21 wohnte bis 1935 Frau Wolff. Wolffs betrieben früher genauso einen kleinen Gemischtwarenladen wie im Haus nebenan die Familie Loeb. Dann gab es in der Hauptstr. 27 das Ehepaar Adolf und Elise Kuhn. In der Neuen Schulstr. 10 (das war die alte Hundheimsche Scheune, von der heute neben der Evangelischen Kirche noch das Tor steht) hatte Adolf Kuhn mit seinem Sohn Max Kuhn ein Tabaklager. Letzterer wohnte mit seinen Geschwistern Hilda und Otto in der Hauptstraße 29. Daneben wiederum hatten Leo und Johanna Kaufmann ihr Haus, wo auch ihr Sohn Werner wohnte. Sie betrieben einen Lebensmittelladen. In der Synagoge wohnte noch Frau Regina Hochstädter. Schließlich hat es in der Hauptstraße noch ein Haus gegeben, in dem die Tochter von Adolf Kuhn, Alma Kuhn, wohn-

te. Angrenzend an die Hauptstraße lag zum einen das Anwesen des Ilvesheimer Arztes Siegfried Friedlein mit der damaligen Adresse Deidesheimerstr. 8; später wohnte hier Bürgermeister Engel. Zum anderen befand sich hier noch das Haus der Familie Julius und Thekla Kahn, damals Schillerstraße 73, dann Verbindungsweg 1 (das ist das Haus, das jüngst abgebrannt ist). Herr Kahn verdiente sein Geld als Viehhändler. In dem Haus wohnten auch die Kinder, Ludwig Kahn, der Vertreter in Mannheim war, und Hilda Kahn. In zwei, drei Häusern eingangs der heutigen Heddeshheimerstraße, gegenüber der Blindenschule wohnten jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen, so unter anderem auch die Familie Auguste und Heinrich Hammel mit ihrem Sohn Jean. Herr Hammel, selbst blind, war bis 1933 in der Blindenschule als Lehrer angestellt. Schließlich gehörte auch die heutige Schloßapotheke einer jüdischen Familie. Moritz und Rosa Kaufmann betrieben dort ein Textilkaufhaus.

(Diese Aufzählung ist unvollständig. Es fehlen uns noch Adressen weiterer Jüdinnen und Juden, die in Ilvesheim wohnten.)

DIE VERFOLGUNG VON JUDEN UND JÜDINNEN IN ILVESHEIM

Neuere Untersuchungen weisen darauf hin, daß auch heute ein größerer Teil der Leute in der Bundesrepublik antisemitisch eingestellt ist, obwohl es hier kaum noch Jüdinnen und Juden gibt. Auch damals war der Antisemitismus zunächst nicht auf die einzelnen Juden und Jüdinnen bezogen, die man alltäglich miterlebte. Die Nazis schufen ein antisemitisches Bild, konnten dabei aber auf antijüdische Vorurteile zurückgreifen, wie es sie quer durch die deutsche Geschichte gab. Diese wurden tagtäglich durch nationalsozialistische Propaganda,

die von rassistischer Minderwertigkeit und Bösartigkeit sprach, verbreitet. Es dauerte eine Weile, bis diese Ideologie auch in die kleinsten Orte vorgedrungen war und sich dort gegen jeden einzelnen Juden und gegen jede Jüdin richtete. Aber es gelang dann innerhalb weniger Jahre doch, breite Zustimmung der Bevölkerung zu einem Feindbild zu schaffen, das es vorher in dieser Art nicht gegeben hatte. Darin liegt eine bedrohliche Lehre des Nationalsozialismus.

Dabei wurde nicht erreicht, daß alle Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden in einen gewaltbereiten Judenhaß ausbrachen. Das war auch nicht notwendig, um ein Klima der Vernichtung zu erzeugen. Es gab solche vom Haß geprägten Aktionen, die allerdings die Ausnahme waren. Die aus heutiger Sicht herausragenden wurden darüberhinaus von „oben“, von verantwortlichen NS-Stellen, geplant und koordiniert. Ansonsten aber gab es ein breites Klima, das Ausgrenzung und Verfolgung tolerierte, dem es völlig fremd war, in irgendeiner Weise einzugreifen. Die allermeisten trugen gleichgültig alle Maßnahmen gegen Juden und Jüdinnen mit.

Lautstarke antisemitische Ausschreitungen und die eher leise allmähliche Entrechtung und Entsolidarisierung standen in einem Wechselverhältnis. So stehen der 1. April 1933 wie auch der 9./10. November 1938 als Datum für gewalttätige antisemitische Aktionen. In der Folgezeit kam es dann von staatlicher Seite jeweils zu vielen einzelnen antisemitischen Maßnahmen. Diese gingen mit einer immer stärkeren Isolierung und Stigmatisierung der jüdischen Bevölkerung einher.

Der 1. April 1933 markiert den Auftakt antisemitischer Maßnahmen. Bewaffnete SA stand mit Schildern wie „Kauft nicht beim Juden“ vor jüdischen

Geschäften. Dieser reichsweite Boykott war auch in Ilvesheim sehr „erfolgreich“. Erstens, weil ihn viele Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen richtig fanden und zum zweiten, weil hier vielleicht zum ersten Mal etwas versagte, was so bitter nötig gewesen wäre. Diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner Ilvesheims, die die antijüdischen Maßnahmen ablehnten, brachten meist nicht die Zivilcourage auf, um ihren jüdischen Nachbarn beizustehen. Ab dem 1. April 1933 war den Nichtjuden klar, daß sie zumindest dumm angeschaut würden, wenn sie sich durch ganz alltägliches Handeln solidarisierten. Solidarität geschah nunmehr nur noch heimlich, ohnmächtig. Daran werden sich viele Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen noch gut erinnern: an kleine Gesten, die sie unterlassen haben, weil sie nicht genug Mut hatten, an den ganz kleinen Verrat an Nachbarn aus Feigheit und Angst vor den Nazis.

Das, was am 1. April 1933 geschah, ging auch in Ilvesheim in zweierlei Richtung weiter. Auf der einen Seite terrorisierte man regelmäßig jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen. Zunächst werden es noch Auswärtige gewesen sein und vor allem Hitler-Jugend, die nachts in der Hauptstraße Scheiben einschmissen und einzelne Juden und Jüdinnen bedrohten. Bald jedoch war es 'ganz normales' Tagesgeschehen. Am Tage wollte man die Juden und Jüdinnen nicht mehr kennen, nachts schmierte man „Ab nach Palästina“ an ihre Häuser.

Der wirtschaftliche Boykott hingegen wurde ebenfalls über den 1. April 1933 hinaus betrieben und hatte letztlich auch den „Erfolg“, den die Nazis sich wünschten. Juden und Jüdinnen sollten wirtschaftlich ruiniert werden. Das wollte die Mehrheit auch in Ilvesheim. Dahinter stand der Wunsch, daß sie weg sollten. Sie sollten keine Perspektive mehr haben, weggehen, emigrieren, weil sie in Ilvesheim nicht mehr leben sollten. Der

nationalsozialistische Staat schnitt jüdische Unternehmen zunehmend von Rohstoffen und Devisen ab. Die Einheimischen kauften nichts mehr oder trauten sich nicht mehr, was letztlich auf dasselbe hinauslief. Der Viehhändler Julius Kahn gab sein Geschäft bereits 1933 auf. Das Tabakgeschäft der Kuhns hatte 1933 wie 1934 schwere Einbußen zu verkraften, Freunde - die es immerhin auch noch gab - gewährten Kredite. 1935 aber kam das Geschäft ganz zum Stillstand. Ähnlich ging es der Familie von Max und Rosa Kaufmann.

STAATLICHE VERFOLGUNG UND ENTRECHTUNG

Die Ausgrenzung und Entrechtung ging langsam vor sich. Dabei ging es zunächst um zweierlei. Zum einen um die Vernichtung der Existenzgrundlage. Der NS-Staat entließ 1933 Beamte und Wehrmachtssoldaten jüdischen Glaubens, ebenso versagte er Juden und Jüdinnen in weiteren Berufen wie z.B. Ärzten, Journalisten, Rechtsanwälten, die staatliche Anerkennung. Gleichzeitig übte man Druck auf jüdische Firmenbesitzer aus, ihre Firmen zu verkaufen - 'Arisierung' nannte man das. 1937/38 zwang man diejenigen, die noch nicht verkauft hatten, einfach per Gesetz dazu.

In dieselben Jahren fallen Maßnahmen gegen Firmen, in denen Juden und Jüdinnen beschäftigt waren. Diese Firmen waren meist sehr „kooperativ“ und zumeist sehr bereit, Juden und Jüdinnen zu entlassen. Auch hohe Sondersteuern trugen dazu bei, die Lebensgrundlage von Juden und Jüdinnen zu zerstören. Entschlossen sie sich angesichts permanenter Repressionen zur Emigration, so fiel ein Viertel ihres Vermögens an den NS-Staat. Eine andere horrend Abgabe war die von Göring so genannte „Sühneleistung“ für die Ermordung eines Nationalsozialisten 1938 in Paris. Jeder

Jude, jede Jüdin mußte daraufhin 20% des Vermögens an den Staat abgeben. Insgesamt wurden die jüdischen Gemeinden im Verlauf dieses Prozesses zu einer Schar von Hungernden, ohne Arbeit und mit geringem Besitz.

Nach 1933 wurden zum anderen zahlreiche antisemitische Sondergesetze erlassen. Das Ziel war, Juden und Jüdinnen aus allen Lebensbereichen zu drängen und sie zu kontrollieren. Zunächst wurde jüdischen Schülern und Schülerinnen der Besuch von staatlichen Schulen verboten, Juden und Jüdinnen sollten nicht in christlichen Häusern wohnen. Bald durften sie nur noch zu bestimmten Tageszeiten in bestimmten Geschäften einkaufen. Man untersagte ihnen das Autofahren, das Zufahren, das Benutzen von öffentlichen Telefonen. Seit 1935 schickte jeder noch so kleine Ort Listen an höhere Behörden, wieviele Juden und Jüdinnen sich dort aufhielten, wer weggezogen war, wer hinzugekommen. Diese Listen bildeten die Grundlage für die Erfassung und Vernichtung der deutschen Jüdinnen und Juden.

DIE REICHSPOGROMNACHT IN ILVESHEIM

In der Reichspogromnacht wurde deutlich, wie umfassend beide Mechanismen - die betriebene Verelendung wie auch die Entrechtung - schon fortgeschritten waren. Nachdem materielle Grundlagen zum Überleben schon weithin unterminiert waren, ging es nun an die Zerstörung und den Raub von Häusern und Alltagsgegenständen. Es gab auf Seiten der Täter und Täterinnen nichts mehr, was auf ein Unrechtsbewußtsein hingedeutet hätte.

Die Zerstörung jüdischen Besitzes war von langer Hand geplant, aber viele waren freiwillig und mit Eifer dabei.

Sie wurde in Ilvesheim in einer Stimmung zwischen Haß und Sommer-schlußverkauf begangen. Die Juden und Jüdinnen wurden offensichtlich bereits am Vortag gezwungen, einen LKW zu besteigen und waren nach Mannheim in ein 'Sammellager' gefahren worden. Jetzt wollten die Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen die Erinnerung an sie auslöschen und sich an ihrem Besitz gütlich tun. Am Morgen des 10. November 1938 wurde die Synagoge zerstört, danach ging man die Hauptstraße entlang und verwüstete die jüdischen Häuser. Ein Beutezug setzte ein: was niemand wollte, machte man kaputt, alles andere wurde geplündert. Die heiligsten Dinge der jüdischen Gemeinde, so auch die Thorarolle, wurden unten am Neckar verbrannt.

Wenige Tage später kamen einige Jüdinnen zurück nach Ilvesheim. Sie klopfen an den Türen der Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen, die ihren Besitz gestohlen hatten. Einige mochten sich vielleicht noch geschämt haben, aber die meisten sahen keinen Anlaß, das Geraubte herauszugeben.

Offensichtlich gab es ab diesem Zeitpunkt keine Juden und Jüdinnen mehr in Ilvesheim. Makabererweise hat wohl gerade der sehr frühe Zeitpunkt der Vertreibung dazu beigetragen, daß man sich bis heute wenig Gedanken darum macht, inwieweit die jüdische Bevölkerung Ilvesheims Opfer des Holocaust wurde. Die Juden und Jüdinnen „waren weg“, und man „weiß nicht, was aus ihnen geworden ist“, auch heute nicht. Man will es natürlich auch nicht wissen.

Die Ausverkaufsstimmung, die in Ilvesheim herrschte, hielt noch an. Viele begründeten auf den Besitz von Juden und

Jüdinnen ihren Wohlstand. Diese Grundlage besteht zum Teil bis heute. Bereits im Januar 1939 fand sich ein Interessent für die billig zu habende Synagoge. Der Käufer verhandelte noch mit der Israelitischen Gemeinde Ilvesheim - eine Farce, denn die existierte ja faktisch schon nicht mehr. Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung Ilvesheims wurde in Formen des bürgerlichen Geschäftsverkehrs gegossen, in Verträge - als ob Täter und Opfer noch etwas zu verhandeln hätten. Der Kaufvertrag lautet denn auch zynisch unter Punkt III: „Der Käufer beabsichtigt, die Synagoge umzubauen in ein Wohnhaus. Sie ist in einem Zustand, der dringend angemessene Wiederherstellung erfordert.“

(GLA 237/40741)

In diesem Stile ging es weiter - Friseure, Maurer, die ganz normalen Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen - viele kamen, um ein Stück vom Kuchen abzubekommen und die Opfer mit dem „Rechtsgeschäft“ noch einmal zu demütigen. Viel zu geringe Beträge wurden gezahlt, zudem noch auf ein Sperrkonto, auf das Juden und Jüdinnen so gut wie keinen Zugriff hatten. Für eine gute Anzahl an Ilvesheimern und Ilvesheimerinnen hatte sich der Nationalsozialismus im wahrsten Sinne des Wortes ausgezahlt.

Andere Häuser griff sich der Staat, und auf Umwegen kamen sie an die Gemeinde. So verkaufte Ilvesheim 1942 Land ans Reich für die Erstellung des Schießstandes in Neckarplatten. Da Geld wohl rar war, erwarb man im Gegenzug von diesem die Gebäude Verbindungsweg 1 und Hauptstraße 29. Diese sind seit diesem Zeitpunkt Gemeindehäuser.

WAS GESCHAH DEN JUDEN UND JÜDINNEN ILVESHEIMS?

Unter dem Eindruck immer stärkerer Ausgrenzung in Ilvesheim und der Tatsache, wirtschaftlich keine Lebensperspektive mehr zu besitzen, emigrierten vor allem die jüngeren Juden und Jüdinnen. Den Anfang machte dabei die Familie Hammel, die schon im Jahr 1935 nach Palästina emigrierte. Herr Hammel war als Staatsbeamter bereits 1933 der erste Ilvesheimer, der durch die Nazis seine Arbeit verlor.

1937/38 floh dann noch eine ganze Reihe aus dem Dorf in Richtung USA. Zunächst flohen die Zwillinge Max und Hilda Kuhn 1937 nach Chicago. In die USA kamen 1938 auch die Familie Rosa und Max Kaufmann mit den Töchtern Elsa + Irma sowie Ludwig Kahn. Nach der Pogromnacht gelang noch Ernst Hochstädter im Dezember 1938 die Flucht.

Andere flohen in die Stadt um unterzutau-chen, weil sie dem Antisemitismus in Ilvesheim schlechter entkommen konnten als in Mannheim und dort die Möglichkeit auch größer war, sich mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Heinrich Hochstädter ging diesen Weg bereits 1933 oder 1934. Die Baers, Selma und Ludwig, zogen genauso 1935 nach Mannheim wie Sigmund Gutmann und Leopold Knöpflmacher. 1936 siedelte auch der junge Werner Kaufmann in die Stadt über, ein Jahr später sein Vater Leo sowie Hilda Kahn.

In Ilvesheim sind während des Nationalsozialismus noch 4 Juden und Jüdinnen gestorben. Offensichtlich war Frau Elise Kuhn geb. Baer, die am 8. November 1935 starb, die letzte. Ihren Grabstein findet man noch auf dem Jüdischen Friedhof Ilvesheim. Aus anderen sind in der Folge der Reichspogromnacht vom 9./10. November 1938

häufig Inschriften herausgebrochen. Im Januar 1935 starb Frau Henriette Wolff. Wir glauben, daß es sich bei den anderen beiden um den langjährigen Ilvesheimer Arzt Herr Dr. Friedlein sowie um Frau Emilie Kaufmann handelt.

Zum Zeitpunkt der Reichspogromnacht haben in Ilvesheim wahrscheinlich noch elf Juden und Jüdinnen gewohnt: Frau Regina Hochstädter, das Ehepaar Julius und Thekla Kahn, Herr Adolf Kuhn, seine Tochter Frau Alma, sein Sohn Otto, die Geschwister Fanny und Hilda Loeb sowie die Familie Leopold und Ida Reich mit ihrer 1935 geborenen Tochter Cäcilie Paula. Soweit wir wissen, wurden diese elf am Tag vor dem Pogrom gezwungen, einen LKW zu besteigen, der sie nach Mannheim brachte.

Die meisten der Juden und Jüdinnen, die bis zur Reichspogromnacht in Ilvesheim wohnten, blieben wohl zunächst in Mannheim. Entweder im 'Sammellager' oder sie konnten bei Bekannten Unterschlupf finden. Fast alle Juden und Jüdinnen Badens wurden dann in einer einzigen Aktion deportiert, unter ihnen auch fast alle aus Ilvesheim. Am 22. Oktober 1940 rollten die Deportationszüge, zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht Richtung Osten, sondern nach Frankreich. Die Juden und Jüdinnen wurden in SS-Begleitung an die Grenze zum noch nicht besetzten Teil Frankreichs gefahren. Dort überließ man dem Vichy-Regime, was mit ihnen geschehen sollte. Letztlich endete die Deportation in Gurs, ursprünglich ein Internierungslager für „Rotspanier“, Menschen, die in Spanien auf Seiten der Republikaner gegen die Diktatur gekämpft hatten. Gurs war kein Vernichtungslager wie die späteren Konzentrationslager. Aber auch hier starben die meisten, und das war auch geplant. Viele verhungerten oder wurden Opfer von Kälte und den Lebensbedingungen im Lager, die keinerlei Hygiene

zuließen. Der Tod der Deportierten wurde auch hier schon akzeptiert und bewußt befördert.

Von den Juden und Jüdinnen, die 1933 in Ilvesheim wohnten, sind umgebracht worden:

Ludwig und Selma Baer. Frau Selma Baer starb am 22. November 1941 35jährig im Lager Gurs. Ludwig Baer war 64, als er von Gurs im August 1942 nach Auschwitz deportiert und dort vergast wurde.

Julius Kahn starb kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahrs am 4. August 1941 im Lager Noe, das in der Nähe von Gurs lag.

Johanna und Leo Kaufmann und ihr Sohn Werner. Die Eheleute kamen ums Leben, es ist ungeklärt, wo und wann. Beide waren um die 60 Jahre alt. Werner Kaufmann starb in Gurs.

Leopold Knöpflmacher. Herr Knöpflmacher starb an den Folgen der Deportation 1942 in Perpignan mit 79 Jahren.

Adolf Kuhn, sein Sohn Otto Kuhn und seine Tochter Alma Kuhn. Adolf Kuhn starb bereits am 21. November 1940 im Alter von fast 80 Jahren im Lager Gurs. Sein Sohn Otto Kuhn wurde im August 1942 nach Auschwitz deportiert und war fast 54, als er dort vergast wurde. Tochter Alma wurde umgebracht, wo und wann ist unklar. Sie war um die 50 Jahre alt.

Fanny Loeb starb im Lager Gurs am 13. September 1941. Sie war 51 Jahre alt.

Regina Hochstädter kam nicht nach Gurs. Im April 1942 wurde sie von Mannheim aus nach Izbica/Polen deportiert und starb dort im Alter von etwa 65 Jahren.

In den Lagern überlebten:

Thekla Kahn, die im April 1945 aus dem Lager Noe befreit wurde. Zum Zeitpunkt ihrer Befreiung war sie fast 68.

Ida und Leopold Reich, 1945 33 und 31 Jahre alt, die ebenfalls aus dem Lager Noe befreit wurden.

Heinrich Hochstädter wurde noch im Januar 1945 nach Theresienstadt deportiert und dort befreit. Er war damals 55.

Ungeklärt ist für uns noch, ob und wie Sigmund Gutmann, Hilda Kahn, Emilie Kaufmann, Hilda Loeb und Cäcilie Reich den Holocaust überlebt haben.

KRIEGSENDE UND KURZER AUSBLICK AUF DIE ZEIT DANACH

Wenn man so will, war am 28. März 1945 in Ilvesheim Kriegsende. An diesem Tag wurde die Gemeinde von amerikanischen Truppen eingenommen. Die Eroberung war Bestandteil einer raschen Offensive nach Übersetzen des Rheins. Über abgeworfene Flugblätter hatten die US-Truppen vorab informiert, daß sie die Region als eines der wichtigsten industriellen Zentren ansahen und sie zum militärischen Operationsgebiet erklärt. Militärisch gesehen war es eine sehr kurze Angelegenheit. Es gab Beschuß in Richtung Blindenschule, wo sich eine von SS gehaltene Flakstellung befand. Diese war jedoch bereits aufgegeben worden. Die SS war erst am Tag zuvor abgezogen und hatte dabei alle Brücken gesprengt - Ilvesheim war abgeschnitten. Die Gemeinde war noch Jahre lang nur über eine provisorische Pontonbrücke über den Neckar begeh- und befahrbar. Dem Umstand, daß die SS schon weg war, war es zu verdanken, daß es nur verhältnismäßig

wenig Schäden gab. Nach einer Statistik waren so bei Kriegsende 80% der Gebäude unversehrt; während der gesamten Kriegsdauer waren 3% der Häuser schwer beschädigt worden. Darunter fielen zwei vereinzelt frühe Bombentreffer im Jahr 1941. So starben bei der damaligen Gärtnerei Siegel in der Heddesheimerstraße mehrere Menschen; eine andere Fliegerbombe traf die Mühle. Bei der Einnahme Ilvesheims kamen schließlich zwei Menschen ums Leben.

Viele Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen versuchten noch eine hektische Flucht, die aber wenig aussichtsreich war, da ja alle Brücken gesprengt waren. Der 28. März 1945 war im übrigen Karfreitag. Noch am Tag zuvor hatte es, da man die Ereignisse voraussah, eine Notkommunion in der Katholischen Kirche gegeben.

So schnell sich die Einnahme Ilvesheims gestaltete, so plötzlich endete auch die lokale NS-Herrschaft. Natürlich - viele werden Feindsender gehört haben und kaum jemand wird sich über den Kriegsverlauf noch Illusionen gemacht haben. Die örtlichen Machtverhältnisse blieben jedoch bis zum Ende unangetastet. Bürgermeister Engel waltete seines Amtes, gab am 15.3. noch eine Meldung an die übergeordneten Behörden über die „Verwahrlosung“ - wie es im Nazi-Deutsch hieß - der Jugend ab. Noch zwei Tage später lud er Vertreter der Katholischen Kirche zu sich, um über die Zukunft einiger Punkte der Kirchenordnung zu reden - eine Zukunft, die noch 11 Tage Bestand haben sollte. Erst ganz kurzfristig flohen die Ilvesheimer NS-Größen mit Sack und Pack Richtung Odenwald..

Die Berichte aus der Zeit unmittelbar nach dem Krieg und dem Ende des Nationalsozialismus dokumentieren vor allem die Armut, die auch in Ilvesheim herrschte. An allem war Mangel, man lebte in einer Rationierungsgesell-

schaft. Der Mangel setzte natürlich nicht erst mit Kriegsende ein. Es gab ihn sicherlich auch in den letzten Kriegsmonaten - dies können wir aber im Moment nicht rekonstruieren. Die Berichte aus der Gemeinde an die Amerikanische Militärregierung (AMG) geben hingegen ein beredtes Bild der damaligen Lage ab. Alles wurde gebraucht, und es fehlte an allem - an Brennholz, an Baumaterialien, an Wohnungen, vor allem an Lebensmitteln. Die ersten Kartoffelernten waren dürrtig, der Kartoffelkäfer hingegen hielt Einzug in fast jeden Bericht, den das Bürgermeisteramt über die wirtschaftliche Lage verfaßte. Bis ins Jahr 1946 hatte Ilvesheim bereits 600 „Ostflüchtlinge“ aufzunehmen, was bedeutete, daß noch mehr Menschen zu versorgen waren.

Mit politischen Aussagen hielt man sich in den Berichten zurück. Betont wurde im wesentlichen, daß nationalsozialistische Bestrebungen nach Kriegsende nicht mehr bestünden, da „von Anfang gleich scharf durchgegriffen“ worden sei (Vierzehntägiger Lagebericht an die AMG vom 2.7.46). Die Verwaltungsspitzen hatten die Amerikaner 1945 schleunigst ausgewechselt. Zunächst war noch einmal Kleinhans als Bürgermeister eingesetzt worden, dann der Kommunist Adolf Feuerstein. Diesem folgte wiederum sehr bald Herr Schmelcher im Amt. Zum Thema Nummer 1 entwickelte sich sehr bald das Gesetz Nr 8 der AMG. Es sah die Entlassung aller höheren NS-Funktionsträger aus ihren Arbeitsverhältnissen vor. Dieselben, die den NS-Staat durch ihre Teilhabe oder ihre Passivität 12 Jahre lang gestützt hatten, setzten nun zum Entrüstungssturm an. Der Untergang aller wirtschaftlichen Aufbauarbeiten wurde heraufbeschworen. Das Gesetz, das dann tatsächlich auch lasch gehandhabt wurde, wurde mit den Maßnahmen eines Dr. Goebbels verglichen, etwa in einer Zuschrift an die AMG aus Weinheim.

Solch zweierlei Maß gab es vom Ende des Nationalsozialismus an und es ist bis heute üblich geblieben, sich mit aller Empörung das Recht zu einem so ungleichen Urteil zu verschaffen. Wahrzunehmen, was es bedeutet, für den organisierten Mord an Millionen Menschen in einer Weise verantwortlich zu sein, dazu hat es hierzulande nur sehr wenige Anläufe gegeben. Um so besser war man jedoch darin, sich selbst zum Opfer zu stilisieren. Gab es auf Deutschland bezogen schon bald die Sprachregelung, daß man dem Verführer Hitler auf den Leim gegangen war, zeigte sich in Ilvesheim ähnliches für die lokale Ebene. Für alles und jedes sollte nunmehr Bürgermeister Engel verantwortlich gewesen sein. Es ist erschreckend zu sehen, wie schnell sich die Gemeinde bereitfand, sich als Opfer des Nationalsozialismus zu gebärden.

Aber auch dem ehemaligen Bürgermeister, Herr Wilhelm Engel, schadete seine 11 1/2 Jahre lange Funktion im NS-Staat recht wenig. Wie einige andere Ilvesheimer Funktionsträger wurde er im Lager Ludwigsburg interniert. Vorher waren sie z.T. bereits in Ilvesheim festgesetzt worden und hatten bspw. den Jüdischen Friedhof wieder aufbauen müssen. Aber bereits 1947 waren alle die, die in Ilvesheim den NS-Staat verantwortlich vertreten hatten, wieder frei. Engel ging nach Ladenburg zurück, wo er bald wieder seinem alten Beruf nachgehen konnte. - Wie anders verlief doch da das Schicksal so vieler Opfer bzw. deren Angehöriger. Zum Fall der Witwe Johann Kupkas wurden jahrelang Aktenordner gewälzt, bis eine schmale lebenslange Rente festgesetzt wurde. Andere ließ man ohne jede Hilfe.

Noch einmal gab es Unruhe. Auch in Ilvesheim sollte man nach dem Ende des NS-Staates für die im Unrecht erworbenen ehemaligen jüdischen Häuser nachzahlen oder

sie aber zurückgeben. Die Aufregung, die hier entstand, wirft ein beredtes Licht auf das Seelenleben so vieler Ilvesheimer und Ilvesheimerinnen.

WAS IST ZU TUN?

Die Befreiung vom Nationalsozialismus geht ins sechste Jahrzehnt. In den nächsten Jahren werden wohl die letzten Zeitzeugen und -zeuginnen sterben. Dann wird man nur noch mit großem Aufwand und nicht mehr aus erster Hand erfahren können, wie das Leben in Ilvesheim im Nationalsozialismus war.

Dabei gibt es noch viele Fragen. Fragen nach Personen, nach Gegebenheiten: Wie funktionierte die NSDAP in Ilvesheim, wie das System von Überwachung und Verfolgung, wo verkehrten die Nazis, wo ihre Gegner, wo gab es Arbeit, etc.? Aber auch Fragen danach, wie einzelne die Zeit erlebt haben. Wie sie sich heute selbst sehen, wie sie zurückschauend ihr Leben, ihre Ziele und Wünsche beurteilen. Es ist auch nach Verantwortlichkeit und Verantwortlichen zu fragen.

Auch nach dem Schweigen ist zu fragen. Wie anderswo wird in Ilvesheim seit Jahren und Jahrzehnten dieselbe Farce in immer neuen Varianten gespielt. Sie lautet: „Ausgerechnet bei uns hat es den Nationalsozialismus nicht gegeben“. Tatsächlich aber ist die Zeit noch sehr präsent. Die Erinnerung ist noch heute oft genug die Basis, wer mit wem redet, über was man nicht reden darf.

Es ist an der Zeit, ins Gespräch über damals zu kommen. Jedes Gespräch ist wichtig. Wir denken, daß sich eine Gruppe von Menschen finden sollte, die solche Gespräche anstößt. Die das Thema immer wieder beim Namen nennt und vielleicht manche

bewegt, die Zeit noch einmal hervorzuholen. Denn Erinnern ist eine sehr wichtige Aufgabe. Eine solche Gruppe sollte es bald geben.

Wir Autoren sind ansprechbar. Wer immer Ansprechpartner sucht, wende sich an uns. Leute, die vielleicht an einer Gruppe wie oben beschrieben Interesse hätten, aber auch Zeitzeugen und -zeuginnen.

Es geht in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus um alles andere als nur um eine symbolische Geste den Opfern gegenüber. Dennoch ist auch in Ilvesheim gegenüber ihnen einiges zu tun, um überhaupt zu signalisieren, daß man sie wahrgenommen hat:

Die meisten der Juden und Jüdinnen, die vor den Verfolgungen des Nationalsozialismus' flohen, gingen in die USA. Mit etwas Mühe wäre es sicher möglich, mit ihnen bzw. ihren Nachkommen in Kontakt zu treten. Es ist nicht ausgemacht, ob ihnen an derlei Kontakt überhaupt liegt. Das herauszufinden, liegt jedoch in unserer Verantwortung.

Die Ilvesheimer Juden und Jüdinnen waren auf einmal „weg“. Viele endeten auf dem Friedhof des Konzentrationslagers Gurs, was wohl kaum jemand heute noch wissen wird. Wir schlagen vor, daß von Ilvesheim aus hin und wieder eine Fahrt nach Gurs unternommen wird. Den 22. Oktober, den Tag der Deportation, gilt es dabei vielleicht besonders zu berücksichtigen.

Auch die antifaschistischen Opfer sind heute kaum noch im Gedächtnis. Wir schlagen vor, dem 15. September, den Tag der Hinrichtung Johann Kupkas, besonders zu gedenken. Ein äußerer Rahmen läßt sich bestimmt finden.

Gemeinsam mit anderen Gemeinden sollte man in Ilvesheim darüber nachdenken, sich in jedem Jahr ein paar Tage vorzunehmen, an denen man mit Veranstaltungen, Gesprächen, Eingeständnissen gemeinsam versucht, der nationalsozialistischen Zeit näher zu kommen.

Das Urteil wurde *) mündlich *Beschlussmündlichform* durch Verlesung der Urteilsformel und durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe dahin verkündet: **)

Der Angeklagte ~~.....~~, Schlosser aus *Hörsbäch* wird wegen eines Vergehens des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. 1 RStGB. zu einer Gefängnisstrafe von 3 - drei - Monaten verurteilt.

Der Angeklagte hat die Kosten zu tragen.
 G r ü n d e :
 Gegen den Angeklagten war wegen Landfriedensbruchs eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten durch Strafbefehl festgesetzt worden unter der Beschuldigung, er sei zu *Ivesheim* am 7. III. 33 mit einer Menschenmenge von 150-200 Personen vor das Rathaus gezogen, in dasselbe eingedrungen und hätte mit Gewalt die zwei gehissten Flaggen (Hakenkreuz - und schwarz - weiß - rote - Fahne) entfernt. Der Angeklagte hat gegen den Strafbefehl form und fristgerecht Einspruch eingelegt.

In der Hauptverhandlung gibt der Angeklagte zu die Fahnen entfernt zu haben, nachdem er mit ungefähr 30 Personen in das Rathaus eingedrungen sei. Zu seiner Entschuldigung führt er an, die Nationalsozialisten sei in *Ivesheim* in der Minderheit gewesen, die Entfernung

der Fahnen sei von der Bevölkerung gewünscht worden. Auch führt er zu seiner Verteidigung an, die alte bairische Regierung habe in der Zeitung bekannt gemacht, die anlässlich der nationalen Revolution gehissten Fahnen seien wieder zu entfernen. Dieses Vorbringen ist nicht geeignet, strafrechtliche Würdigung des Verhaltens des Angeklagten zu beeinflussen. Der Angeklagte ist gegen den Willen des Bürgermeisters mit einer Menschenmenge in das Rathaus eingedrungen und hat die Fahnen entfernt. Es ist sonach festzustellen, dass der Angeklagte an einer öffentlich zusammengetretenen Menschenmenge, welche mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Sachen beging, teilgenommen hat.

Vergehen strafbar nach § 125 Abs. 1 RStGB.
 Bei der Strafzumessung wurde berücksichtigt, dass der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist. Es wurde daher auf die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis erkannt.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.
Der Urteilspruch hat auf Rechtsmittel verzichtet.

Der Richter: *W. t.*
 Der Urkundsbeamte: *M. M. M.*

*) Hier ist in Fällen, in denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, die Wiederherstellung der Öffentlichkeit, und in Fällen, in denen eine erlassene Unterjudungsbefehl auf die erkannte Strafe ganz oder teilweise nicht (§ 60 StGB), der Zeitpunkt der Urteilsverkündung nach Stunde und Minute zu vermerken.
 **) Dergu scheidet § 268 Abs. 3 StGB. vor: Ist der Angeklagte bei der Verkündung anwesend und ist gegen das Urteil ein Rechtsmittel zulässig, so soll er über die Einlegung des Rechtsmittels belehrt werden.

Die rote Zarin von Ilvesheim und ihr Gemahl

Schurzbandpolitik — Bonzokratistische Zustände

Ilvesheim, ein Nachbarort des Mannheimer Vorortes Seckenheim kann für sich Anspruch nehmen, daß es einen Bürgermeister und eine „gnädige“ Frau Bürgermeisterin beherbergt, die beide wohl den Ehrgeiz in sich tragen, mit besonderen Mitteln und besonderen Künsten zu dokumentieren, daß sie würdige Vertreter einer Partei sind, deren Symbole Freiheit, Schönheit und Würde, deren Taten aber Lug und Trug sind. Wenn in einer Großstadt von selten einer marxistischen Größe irgend eine Unart verübt wird so ist das zu verstehen, wenn aber in einer kleinen etwa 3000 Einwohner zählenden Gemeinde Dinge vorkommen, welche nachstehend beschrieben werden, dann ist dies ein Skandal, der zum Himmel stinkt.

Herr Bürgermeister Kleinbans mit Großmannieren erhielt gegen Ende des Jahres 1927 oder Anfang 28 von einem gutkulturierten Bürger Ilvesheims und gleichzeitigen Genossen einen Brief übergeben, der den letzten Willen dieses Bürgers enthielt. Hätte dieser Mann gewußt, was mit diesem Briefe, zu dessen amtlicher Verwahrung der Bürgermeister Kleinbans verpflichtet war, geschieht, hätte er gewiß nicht sein Vertrauen dem Herrn Bürgermeister gegeben.

Stellen wir chronologisch einmal folgendes fest: Der Bürger forderte im November 1930 seinen Brief, der sein Testament enthielt, von dem Bürgermeister zurück. Nach Rückkehr desselben gingen plötzlich in der Gemeinde Ilvesheim die verlogenen Gerüchte über den Bürger herum. Er stellte fest, daß die Frau Bürgermeister Kleinbans die Austrägerin und Verbreiterin dieser Gerüchte war, die ihre Grundlage nur in der Kenntnis des Testaments haben konnten. Tatsächlich hat der betreffende Bürger bei Rückkehr seines Briefes festgestellt, daß derselbe geöffnet worden war.

Ein würdiges Paar

Es lag also ein offenkundiges Amtsverbrechen des Bürgermeisters Kleinbans vor.

Die Gerüchte drehten sich im wesentlichen um die frühere und jetzt mit einem Staatsbeamten verheiratete Haushälterin des Bürgers, die in dem besagten Testament als Alleinerbin nominert wurde. Interessant ist nun, daß die Frau Bürgermeister selbst zur Verräterin der Schandtat ihres Mannes wurde. Fürwahr ein würdiges Paar. Sie verriet eines schönen Tages durch die Frage an den Bürger, „wenn die . . . heiratet, wer bekommt dann Ihr ganzes Geld?“ die Tatsache, daß sie Kenntnis von dem Inhalt des Testaments hatte. Weiter hat sie sich einem Zeugen gegenüber in ihrer offenkundigen Dummheit wie folgt ausgelassen:

„Ich habe wissen müssen, was in dem Testament drin steht, mein Mann hat den Brief auf dem die Worte standen, „Mein letzter Wille“, mit nach Hause genommen. Ich habe ihn überm Dampf geöffnet. Mein Mann ist dazu zu dumm. Das mußte ich machen. Wir haben den Inhalt gelesen. Wenn Sie ihn auch lesen wollen, dann nimmt ihn mein Mann nochmals mit heim“.

Diese Äußerung wurde von dem betreffenden Zeugen der Staatsanwaltschaft Mannheim zu Protokoll gegeben.

Wie man in Ilvesheim Gemeindepolitik macht geht aus folgender Äußerung der Frau Bürgermeister hervor:

„Ich bin der Bürgermeister, ich leite die Gemeinde, bei mir in der Küche ist die Gemeinderatsitzung und nicht auf dem Rathaus“.

Wer böshaft sein will, kann aus dieser Äußerung entnehmen, daß die Frau Bürgermeister Unterrock- und Schurzbandpolitik treibt, ob im Interesse der Gemeinde ist eine andere Frage. Nun kommt aber das allerhöchste!

Gleiche Brüder — gleiche Kappen

Herr Bürgermeister Kleinbans ist SPD-Mitglied. Der Bürger ist SPD-Mitglied, beide waren also Genossen, wobei der Bürger zeigte, daß er unter der Bezeichnung

„Genosse“ mehr versteht, wie Bürgermeister Kleinbans; denn er hat nicht ohne weiteres Schlüsse auf die gesamte SPD gezogen, sondern immer noch geglaubt, daß ein räudiges Schaf kein Zeichen dafür sein muß, daß die ganze Herde räudig ist. Als er nämlich bestimmt wußte, daß von dem Bürgermeister Kleinbans sein Testament durch Verletzung seiner Amtspflicht und Verletzung des Briefgeheimnisses geöffnet worden war, schrieb er an seine SPD-Genossen einen Brief, in welchem er denselben den wahren Sachverhalt über die gegen ihn umlaufenden Ge-

rüchte klarlegte. Dieser an die Partei gerichtete Brief sollte in der Parteiversammlung vorgelesen werden, die 23. 1. unter Aufsicht des Parteisekretärs Sommer stattfand. Zuvor hatte der engere Parteivorstand sich mit der Angelegenheit befaßt und beschlossen, dem Verlangen des Bürgers, den Brief vorzulesen, nicht stattzugeben. Die roten Genossen stellten sich demnach vor die unsauberen Machinationen des „Genossen-Bürgermeisters“ und vertieten den „Genossen-Bürger“. Fürwahr eine saubere Gesellschaft!

Einwandfrei entlarvt!

Die Not der Genossen war keine geringe und um die Angelegenheit so im Stillen wie üblich aus der Welt zu schaffen, übergab man den Brief des Bürgers dem Hauptbeteiligten, Bürgermeister Kleinbans, der nunmehr eine Kapitaldummheit beging. Er hat nämlich, um die Angelegenheit zu bereinigen, das Schreiben des Bürgers an das Bezirksamt weiter gegeben und behauptet, die Angaben des Bürgers seien frei erfunden, nur um sich an ihm (dem Bürgermeister) für eine Anzeigebelästigung beim Finanzamt wegen Steuerhinterziehung zu rächen. Das Bezirksamt wußte darauf hin nichts anderes und eiligeres zu tun, als Beleidigungsklage gegen den Bürger anzustrengen und die Sache dem Staatsanwalt zu übergeben. Es glaubte wohl, damit dem Genossen Bürgermeister am besten zu dienen, jedoch erwies

sich diese Taktik zunächst als ein Floß gegen den Herrn Bürgermeister, denn die Erhebungen der Staatsanwaltschaft

haben einwandfrei ergeben, daß Kleinbans das Testament geöffnet hat. Dagegen konnte eine Beleidigung seitens des Bürgers gegen Kleinbans nicht festgestellt werden.

Der Herr Staatsanwalt hat nun das Wort

Da der Bürger, nicht wissend wie nützlich ihm der selnerzeitige Testamentsbrief sein könnte, denselben vernichtet hatte, konnte er selnerseits wegen Fehlens dieses wichtigen Beweismittels keine Beleidigungsklage gegen Kleinbans anstrengen. Er hat deshalb bei der Staatsanwaltschaft Anzeige

wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung, Amtsvergehen und Verletzung des Briefgeheimnisses gegen Kleinbans erstattet.

Es ist nun anzunehmen, daß sich die ganze rote Genossenschaft auf der Seite der roten Zarin von Ilvesheim, als Urheberin dieser Lumperei, und der Seite ihres Ehegatten, der anscheinend in seinem Hause den Unterrock trägt, hauen wird. Darum wäre mit Bestimmtheit zu konstruieren, daß man die Angelegenheit auf Seiten der Genossen zu verschleppen sucht, welchem Unterfangen wir aber ganz energisch entgegen treten werden. Der Skandal ist da. Er steht fest. Fest steht auch, daß Kleinbans seine Amtspflichten verletzt hat! Fest steht weiter, daß die Frau Bürgermeister die Verleilerin zur Amtspflichtverletzung ihres Mannes war! Fest steht ferner, daß die infame Herabsetzung des Ansehens eines unbekanntenen Bürgers ihre Sühne verlangt. Der Herr Staatsanwalt hat nunmehr seines Amtes zu walten und wir hoffen, daß er es an der nötigen Energie nicht fehlen läßt, den Skandal entsprechend dem Staub, den er aufgewirbelt hat, mit der Macht des Gesetzes zu belegen. Wie weit noch andere Personen in diese Angelegenheit verwickelt sind, überlassen wir seinen Erhebungen. Im Interesse der Gemeinde Ilvesheim läge es, wenn bis zur Beendigung des schwebenden Strafverfahrens der Bürgermeister Kleinbans seines Postens enthoben werden würde, ohne nochmals die Gelegenheit zu bekommen, darauf zurückzukehren. Man lasse sich keineswegs dazu verführen, die zahlreichen roten Bürgermeister-Skandale durch den Ilvesheimer Skandal nicht vermehren zu lassen. Wir werden nicht ruhen für den Bürgermeister Kleinbans die ganze Schärfe einer gerechten Strafe zu verlangen. Diebstahl.

Ein Artikel der lokalen NS-Zeitung "Hakenkreuzbanner" vom 21. 4. 1932 über den damaligen Ilvesheimer Bürgermeister Kleinbans (Generallandesarchiv Karlsruhe 362/853)

Flörsheim, den 13. März 1933.

Dem das

Bezirkliche Bezirksamt
Herrn Regierungsrat Neumeyer

Mannheim.

L. G. 1. Zimmer 37.

Hervorgehoben durch die großen politischen Ereignisse
in den letzten Tagen habe ich mich entschlossen
mein Amt als Gemeinderat in Flörsheim abzugeben,
und bitte ich deshalb höflichst mich dieser Verpflichtung
zu entbinden.

Hochachtungsvoll

Philipp Steigleder

Flörsheim

z. Ht. in Schutz-Haft im Bez. Gef.-u. L. Mannheim

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung

Baden



Gauleitung
Karlsruhe, Kaiserstraße 133
Telefon-Nr.: 8807
Postfach-Nr.: 8808
Bankkonto: Sparkasse, Karlsruhe

Zentralorgan des Gaues: „Der Führer“
Gesäftsstelle der Zeitung: Kaiserstraße 133
Telefon-Nr.: 7830
Postfach-Nr.: 2888
Bankkonto: Sparkasse 46
Telefon-Nr.: 1271

Der Kommissar für die
Stadt Mannheim

We/Fu
Mannheim, den 16. März 1933

An das

Polizeipräsidium,

M a n n h e i m.

Beiliegenden Bericht über Ilvesheim sende ich Ihnen mit dem Ersuchen zu, dort einmal energisch durchzugreifen. Mir wird von mehreren Seiten, auch von dem dort beschäftigten Arzt Dr. v. Faulhaber mitgeteilt, daß die nationale Bevölkerung unter dauerndem Terror steht. Ich bitte, durch Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und evtl. andere Maßnahmen durchzugreifen.

Heil Hitler!

Der Kommissar
Stadt Mannheim:

Walter Böhler

Mannheim, den 17. 3. 33

*1) An die Landwehr (Polizeidirektion) Mannheim
Das Schreiben wird durch mich mitgeteilt, das an der ort. Platte
Anschließend linksparatete Person politisch stark bedenklich
Es ist durch verschiedene Kontrollen keine zu sagen, das durch die Handlungen
mit anderen verbunden. Notwendig ist die Schlichtung in Schlichtung zu mehr
2) Nachricht von H. d. dem Kommissar für die Stadt Mannheim Mann
auf der Schwan v. d. 3. 33 (Handwritten name, Mannheim).
Dem Präsidium Mannheim Mannheim
Sollte die Formeln fallen bei allen parteiamtlichen Schreiben.*

Mannheim, den 14. 3. 33.

Ilvesheim u.
Mannheim, 3. 7. 3
M G. Nr. 4. 3. 33
M S B O Nr. 88091

An die Kreisleitung der N.S.D.A.P.

Ich bitte um Kenntnisnahme des hierunter folgenden Berichts:
Am Dienstag den 7. März 1933 abends ungefähr zwischen
18,30 - 19 Uhr passierte meinem Schwiegervater
Steuer-Assst. a.A. Ilvesheim, Wassergasse 99
folgendes:

kehrte von einer Besorgung in Ladenburg zurück.
Um den üblichen Anpöbelungen und Anpöbelungen seitens der
K.P.D. und S.P.D., denen nicht nur er, sondern auch seine
Tochter (meine Frau) und besonders ich -- und auch
viele andere nicht links eingestellte Einwohner Ilvesheims --
seit Jahresfrist fortlaufend ausgesetzt sind, um diesen An-
pöbelungen zu entgehen wählte sich F. wenig frequentierte
Weg, um nach seinem Heim zu gelangen.
Beim Überqueren der neuen Schuissasse in der Nähe der evang.
Kirche wurde er von einer Gruppe von 5-7 jungen Rowdies, nicht
nur mit Drohungen, wie z.B.: "Warte nur, Du alter Feigling,
Dich schnappen wir noch!" u.a. bedacht, sondern auch
mit Steinen beworfen, worin welchen ihm einer am Fuss traf.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch erwähnen, dass auf dem
Weg zur Brücke Ilvesheim-Seckenheim beim Passieren der sogenannten
P l a t z e, wo meistens Zusammenkünfte der Linkser abgehalten
werden, meine Frau, besonders aber ich mit Ausdrücken,
wie z.B. "Heuschickelgrüber, Eiermüdel etc etc bedacht werden.
Erst in den letzten 4-5 Tagen haben wir unbelästigt unseren
Weg gehen können.

Beschwerden beim Bürgermeister K l e i n h a n s (Ihren
Herrn Dr. Kattermann u.Orth nicht unbekannt als Prinzgemahl
der roten Zarin) sind erfolglos verlaufen.
K l e i n h a n s, sofern Ihnen von anderer Seite nicht schon
hinlänglich berichtet ist, dass K. am Dienstag den 7. 3.
das Herunterholen und Zerreißen der Schwarz-Weiss-Roten Fahne
nicht nur geduldet, sondern durch seine Gegenwart und durch
sein Gefahren der Thron sich zum Mitschuldigen gemacht hat, so
bitte ich Sie Herrn Zollhilfsaufseher (Vater des S.A.-
Mannes) zum persönlichen Bericht zu laden.
Unter der Zueicherung Ihrer Verschwiegenheit, kann ich
Ihnen noch eine Frau (Sympathisierende) namhaft machen, die
nicht nur diesen Vorgang von A-Z beobachtet hat, sondern die
auch wertvolle Aufschlüsse hierüber geben kann, dass das ganze
Komplott in den Räumen der Filiale des Konsumvereins Mannheim
in Ilvesheim ausgebrütet wurde. Damit dürfte eine gesetzliche
Handhabe zur Sohlziehung dieser Brutstätte politischer Anschläge
gegeben sein.

Kein Recht ohne Pflicht --- Mit der Uebernahme der Regierung
durch die N.S.D.A.P. besteht auch seitens der Partei die Ver-
pflichtung

Beurkundet in Ilvesheim am neunten Mai neunzehnhundertdreißigens.

9. Mai 1939.

vom Notariat 4 Mannheim

Vor dem Notar, Justizrat Dr. [redacted] in Mannheim, ist anwesend.

Herr [redacted], Sattler in Ilvesheim. Er ist geschäftsfähig und dem Notar persönlich bekannt. Er nimmt Bezug auf die Urkunde des Notariats 4 Mannheim 4 H 90 /39 vom 24. Januar 1939 und erklärt für sich und aufgrund der darin beurkundeten Vollmacht namens der Israelitischen Gemeinde Ilvesheim:

I. A u f f l a s s u n g:

Das Eigentum am Grundstück Ilvesheim Lgb. Nr. 59 soll hiermit auf mich übergehen: Veräußerer und Erwerber sind darüber einig und bewilligen, ich selbst beantrage im eingetragenen Namen die Eintragung des Rechtsübergangs im Grundbuch.

II. S c h l u ß:

=====

1. Ausfertigung erhält das Grundbuchamt Ilvesheim zu Händen des Notars.
2. Beglaubigte Abschrift ist von Amtswegen zu erteilen
 - a) dem Finanzamt Mannheim-Neckarstadt mit dem Ersuchen, Grunderwerbsteuerbescheid zu erlassen und nach der Zahlung der Steuer die Unbedenklichkeitsbescheinigung dem Notariat 4 Mannheim zu übersenden.
 - b) Der Herr Badische Finanz- und Wirtschaftsminister zur Sache "Jd 1756/39".
3. Unbegl. Abschrift ist zu erteilen.
 - a) Julius Israel Kahn in Ilvesheim (Vertreter der Verkäuferin),
 - b) dem Ländischen Kreditverein Seckenheim, e.G. b.H. in Mannheim - Seckenheim, mit der Anweisung, den Gegenwert der heute nach besondere Urkunde bestellten Hypothek dem Notar zu treue Händen auszahlén.
4. Das Grundbuch wurde vom Notar eingesehen; das Grundstück ist unbelastet.
Diese Urkunde wurde vorgelesen genehmigt und eigenhändig unterschrieben.

gez. [redacted]
gez. [redacted] Justizrat.

Diese Ausfertigungen stimmen mit den beim Amtsgericht Mannheim zu verwahrenden Urschriften wörtlich überein. Ausgefertigt für das Grundbuchamt Ilvesheim zum Vollzug, Ich ersuche um Eintragungsnachricht.

Mannheim, den 17. Mai 1939

Notariat 4

I.-V.

L. S.

gez. Unterschrift.

Vorstehende Abschriften stimmen mit den den Grundakten Band 22 Heft 11 A.S. 71-78 angeschlossenen Vertragsausfertigungen überein.
Ilvesheim, den 16. Februar 1949.

Grundbuchamt
des Ilvesheim

ALLIIERTES

OBERKOMMANDO

Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force



An die

ZIVILBEVÖLKERUNG

Frankfurts am Main und Mannheim-Ludwigshafens

IHR wohnt in einem der wichtigsten Kriegsindustriengebiete Deutschlands.
Die Kriegsindustrien Frankfurts und Mannheim-Ludwigshafens werden von jetzt ab einem erbarmungslosen Bombardement ausgesetzt.
Es ist aber nicht das Ziel der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten. Vernichtet werden soll die deutsche Kriegsmaschine.

Der alliierte Oberbefehlshaber erlässt daher folgende Bekanntmachung:

1. Die Bekanntmachung gilt für alle Teile des Stadtkreises Frankfurt am Main, einschliesslich folgender Vororte: NIEDERURSEL, HEDDERNHEIM, ESCHERSHEIM, ECKENHEIM, GINNHEIM, PRÜNGESHEIM, SECKBACH, FECHENHEIM, BÜRCEL, OFFENBACH, OBERRAD, NIEDERRAD, GRIESHEIM, RÖDELHEIM, HAUSEN, PRAUNHEIM.

Die Bekanntmachung gilt für die Stadtkreise Mannheim-Ludwigshafen, einschliesslich folgender Vororte: SANDHOFEN, WALDHOF, KÄFERTAL, WALLSTADT, FEUDENHEIM, SECKENHEIM, NECKARAU, MUNDENHEIM, RHEINGÖNHEIM, MUTTERSTADT, FRIESENHEIM, OGGERSHEIM, OPPAU, EDESHEIM, FRANKENTAL.

Diese Gebiete sind jetzt Kampfzonen. An alle Bewohner dieser namentlich aufgeführten Gebiete ergeht hiermit die Aufforderung, sich selbst und ihre Familien unverzüglich ausserhalb der Kampfzone in Sicherheit zu bringen.

Besonders wird darauf hingewiesen, dass in den oben genannten Gebieten von nun an weder Bunker noch Unterstände Sicherheit gewähren können.

Euer Leben hängt von der sofortigen Ausführung dieser Anweisungen ab. Handelt sofort! Heraus aus der Gefahrenzone! Heraus aus dem Krieg!

DWIGHT D. EISENHOWER,
General,

Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte

S.H.A.E.F., 17. März 1945.

DEUTSCHE ÜBERSETZUNG: Diese Bekanntmachung ist für die Bevölkerung der Region Frankfurt am Main und Mannheim-Ludwigshafen bestimmt.

Betr.: Vierzehntägiger Lagebericht.1. Allgemeine Lage:

- a) Schwierigkeiten mit den Besatzungstruppen bestehen bei uns nicht. Bestrafungen der ehemaligen Nazi-Elementen bestehen hier nicht, da wir hier von Anfang gleich scharf durchgegriffen haben.

2. Politische und allgemeine soziale Nachrichten:

- a) Die Tätigkeiten der politischen Parteien ist im Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft eine sehr gute. Über das Schulwesen ist die Ortsschulbehörde der Auffassung, dass jüngere Lehrkräfte aus der antifaschistischen Bewegung herangezogen werden können. Die Nürnberger Prozesse werden hier als interessant aufgefasst, und ist die Bevölkerung der Ansicht, dass noch mehr Naziverbrecher auf der Anklagebank sitzen müssten.

3. Wirtschaftliches,

- a) Die Ernährungslage ist bei uns sehr kritisch, betr. Kartoffelknappheit konnte in 3-4 Wochen wenn hier nicht geholfen werden kann, eine Katastrophe eintreten die heute noch nicht übersehen werden kann. Die dauernd noch hinzukommende Ostflüchtlinge, werden die Krise zu verschärfen.

4. Beschwerden und Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Militärregierung, deren Gerichten und Organen.

Weil die Amerikaner so gute Demokraten sein wollen, ist man bei uns der Ansicht, dass die Militärregierung mit uns etwas demokratischer verkehren sollten, da wir glauben uns in der Demokratie geübt zu fühlen.

5. Gerichte, auch die unmöglichsten und lächerlichsten.

Über diesen Punkt liegt uns keine Meinung vor.

6. Alle sonstigen Ideen oder Vorkommnisse, für die die JIC Interesse haben könnte, oder die von Bedeutung für die Beziehungen der Besatzung zum Volke sind.

Hierüber ist nichts zu berichten.

An den Herrn Landrat
des Kreises Mannheim
M e i n h e i m .

=====
Sttlg. I/4.

Beauftragter:

Herrn [redacted] Bürgermeister, [redacted]

Dort. Randverfügung
v. 15.3.45 T.

Wir erstatten folgenden Bericht:

- I.) 1. Einwohnerzahl am 30.3.45 3044
2. Einwohnerzahl am 15.3.45. 3267
- II.) 1. Bürgermeister vor der Besetzung: Engel Wilhelm
2. Seit der Besetzung (11.4.45): Kleinhaus Jakob, z.Zt. Stell-
vertreter Nagel Julius
- III.) 3. Bürgermeister Engel war Mitglied und Ortsgruppenleiter der NSDAP.
- III.) In der Städtischen Volksschule sind noch 5 Beamte, die Mitglieder der NSDAP waren, übrig.
Herr Rektor [redacted] von der hiesigen Volksschule war Mitglied der NSDAP, ist aber beauftragt die Leitung des Schulauftrages vorläufig weiterzuführen. Sonst sind alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP von ihren Stellen entoben.

- IV.) a. Gemeindeverwaltung,:
- | | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| an Stelle von Bürgermeister Engel | trat Bürgermeister Kleinhaus Jakob |
| " " " Ratschreiber [redacted] | " [redacted] Ratshilf |
| " " " Gemeindeführer [redacted] | " [redacted] |
| " " " [redacted] Kartenstelle | " [redacted] |
| " " " [redacted] | " [redacted] |
| " " " [redacted] | " [redacted] |
| " " " [redacted] Amtsgehilfe | " [redacted] |
| " " " [redacted] Feldhüter | " [redacted] |
| " " " [redacted] | " [redacted] |
| " " " [redacted] | " [redacted] |
| " " " [redacted] Gem. Arb. | " [redacted] |
| " " " [redacted] Polizist | " [redacted] Unbesetzt |

Die Ersatzleute kamen überwiegend aus der freien Wirtschaft und müssen sich alle erst in die Materie einarbeiten, sodass ein abschliessendes Urteil noch nicht möglich ist.

V.) Liste der derzeitigen Beamten und Angestellten:

1. Kleinhaus Jakob, Bürgermeister
2. Nagel Julius, Bürgermeister Stellvertreter
- ✓ 3. [redacted] Ratschreibergehilfe
- ✓ 4. [redacted] Ratschreibergehilfe
- ✓ 5. [redacted] Verwaltungssachgehilfe
- ✓ 6. [redacted] Kassenstellenleiterin
- ✓ 7. [redacted] Angestellte für Kartenstelle
- ✓ 8. [redacted] Angestellte Kartenstelle
- ✓ 9. [redacted] Angestellter für Kartenstelle
- ✓ 10. [redacted] Lehrling,
- ✓ 11. [redacted] Amtsgehilfe
- ✓ 12. [redacted] Hilfspolizist
- ✓ 13. [redacted] Hilfspolizist.
- ✓ 14. [redacted] Hilfspolizist
- ✓ 15. [redacted] Feldhüter
- ✓ 16. [redacted] Feldhüter
- ✓ 17. [redacted] Feldhüter

Der Nationalsozialismus in Ilvesheim
2. Auflage Januar 1996, Ilvesheim/Bremen
